

Süddeutsche Rufe

aus

Nord - Deutschland.

Allen deutschen Ständeverfassungen

und

dem deutschen Volke.

Nebst einer Antwort

für

den Fürsten Ludwig von Solms-Lich.

Von

Dr. Gustav Bacherer.

1839.

Leipzig, Fessl'sche Verlags-Buchhandlung.



Vor kurzer Zeit hab' ich mich gemäß meiner Ueberzeugungen als Bürger eines constitutionellen Staates und als ein dem öffentlichen Leben seines Volkes sich mit besonderer Vorliebe zuwendender Schriftsteller für verpflichtet erachtet, ein Wort des Widerspruches auf die Broschüre eines deutschen Fürsten zu erheben, die unter dem Titel: „Deutschland und die Repräsentativ-Verfassungen“ — allseitig bekannt geworden ist und welche die mannigfachsten Anregungen zur Besprechung verschiedener Verhältnisse gab, von deren wahrer Natur der selbstdenkende Bürger zu seinem Heile nie genugsam durchdrungen sein kann. Jenen Widerspruch hatt' ich in das zweite Heft einer neuen, der regsten Beachtung des gesammten Deutschlands würdigen Monatschrift*) niederge-

*) Athenäum, Nürnberg, Bauer und Raspe.

legt und dabei, mein Gewissen mit meinen Ueberzeugungen in Uebereinstimmung bringend, hauptsächlich das Bestreben geoffenbart, nach der Gedankenspiße der Tendenzen einer mächtigen reactionairen Partei hinzuzeigen, von welcher die angeführte Schrift ihren Ausgang genommen hat. Manche redliche Männer haben nun geglaubt, es möchte sich wohl nachträglich auch noch der Mühe verlohnen, meinen Artikel in einer zweiten Ausgabe dem Urtheile des Publicums vorzulegen, indem sie dabei nicht dessen literarischen Werth, der hier nur in geringen Anschlag gebracht werden kann, als vielmehr die ihm zu Grunde liegende hochwichtige Sache in Betracht zogen; und endlich entschloß ich mich zu solcher That, freilich in diesem Augenblicke weit mehr von bedeutungsvollen Ereignissen, die so eben in Würtemberg sich zugetragen, dazu angeregt, als von dem Zuspruche jener redlichen Freunde. Daher erscheint mein wider den Fürsten Solms-Lich gerichteter Artikel gegenwärtigen Ortes weit weniger als Haupt-, denn als Nebensache, und zwar nur in so fern, als er mich in meinen gegenwärtigen Zwecken zu unterstützen vermag.

Mit allgemeinem Erstaunen wurde im gesammten constitutionellen Deutschland die Veränderung wahrgenommen, welche in den Charakteren der bisherigen Hauptstimmführer der württembergischen liberalen Opposition in diesen Tagen gelegentlich der Anordnung der Wahlen für die neue Landtagsperiode sichtbar ward. Männer wie Schott, Pfizer, Uhland, Römer, Widemann u. A., an deren Namen und Wirken sich die Glanzmomente der neueren constitutionellen Geschichte Württembergs knüpfen, haben ihren Willen ausgesprochen, daß sie etwa auf sie fallende neue Wahlen zu Abgeordneten in die zweite Kammer der Ständeversammlung bei ihrem Gewissen nicht anzunehmen vermöchten.

Selche Kunde überraschte alle wahren Freunde des deutschen Vaterlandes; und man fragte mit Recht nach den Gründen, womit jene Männer ihr Benehmen vertheidigen möchten. Diesenigen süddeutschen Blätter, welche im Stande sein konnten, eine vertrautere Kenntniß jener Motive zu haben, rückten mit der Farbe nicht heraus; so daß aus der Masse der in anderen Blättern ausgesprochenen Vermuthungen nichts zu entneh-

men war, als daß jene Männer daran verzweifeln, gegenüber den in der neuern Verwaltung Württembergs zur Herrschaft gekommenen Grundsätzen ihre eigenen Ueberzeugungen zum Heile des Volks und des constitutionellen Princips zur Herrschaft zu bringen. Um anderer Worte zu gebrauchen, so sprachen sie aus: daß sie dem gegenwärtigen Ministerium kein Vertrauen schenken, und, weil dies der Fall, auch nicht über das Wohl des Vaterlandes mit ihm gemeinsam verhandeln könnten. Sind in solcher Fassung die Motive der Opposition getreu wiedergegeben — und wir glauben, daß dies angenommen werden dürfe — so läßt sich, dem Scheine nach, gegen die daraus gezogenen Folgerungen nur wenig einwenden. Leider sind wir in unserem bisherigen constitutionellen Leben noch nicht zu dem Erfolge gekommen, daß die Minister von ihren Pösten abtreten, wenn ein ehrenwerther Theil der Kammer mit ihrer Handlungsweise nicht zufrieden ist; weshalb dagegen dem gedachten Theile einer Volkskammer freistehen muß, seinerseits als Recht zu gebrauchen, was auf Seite der Minister nicht als Pflicht beliebt wird.

* Bevor wir jedoch in unserer Untersuchung der vorliegenden Sache weiter gehen, muß die Frage geprüft und beantwortet werden:

In wiefern widersprechen die neueren Verwaltungsgrundsätze Württembergs dem Principe des constitutionellen Staatslebens und sonach dem Inhalte der politischen Ueberzeugungen der Exposition, unter der Voraussetzung, daß diese einzig und allein auf jenes Princip basirt sind?

Als Belege zur Erörterung dieser Frage liegen vor: Minister von Schlayer, hervorgegangen aus dem Schooße der neuen gesetzmäßigen Freiheit, ein Geschöpf der politischen Emancipation des Staatsbürgerthums, auf dessen festen Säulen die neuzeitlichen Repräsentativ-Verfassungen Deutschlands ruhen, zieht innerhalb seines wichtigen Wirkungskreises als Chef der innern Verwaltung immer geringere Resultate aus dem constitutionellen Principe, schraubt mehr und mehr die Peripherie einer freien, nur durch das Gesetz begrenzten Entwicklung des constitutionellen Staatslebens mit süßbarem Eifer zusammen, hemmt die Schwungkraft des öffentlichen Geistes durch Bedrückung der Presse und masit sich, aufs Neue

ergeben jenen fatalen Ideen, nach welchen einst die Universität Tübingen ein klostermäßiges Staatsdienerseminarium werden sollte, über alle Zweige des Unterrichts- und Erziehungswesens eine unfeisinnige Censur an.

Vor solchen Beschuldigungen, durch die offenen Aufzeichnungen der Tages-Geschichte erhärtet, treten die Anklagen gegen die übrigen Branchen des Staatsministeriums, als untergeordnet, in den Hintergrund. Ueberhaupt scheint die Opposition es nur mit dem Ministerium des Innern zu thun zu haben. Nach der Darstellung dieser Thatfachen ist die zweite Frage: Reichen diese Gründe aus, die bisherige Opposition zum Rücktritt zu bewegen? Nach unserer politischen Ueberzeugung leugnen wir dies.

Nur wenn ein Minister einen offenbaren Eingriff in die Verfassung begeht, und dann gleichwohl weder eigenwillig die Entlassung nimmt, noch dieselbe gezwungen von der Regierung erhält: wird den von ihrer Pflicht durchdrungenen Volksvertretern durch ihr Gewissen geboten, zurückzutreten. Denn dann ist das Dasein der Verfassung selbst gelöscht, die executive Gewalt hat sie auf-

gehoben. Aber sie treten nur zurück, weil sie in der bisherigen Form ihrer Zusammensetzung für's Volk nicht mehr zu wirken und mit ihrem guten Rechte gegenüber der Gewalt nichts mehr auszurichten vermögen. Dann muß zu kräftigeren und ernstern Mitteln, als das leicht verhallende Wort sie bietet, gegriffen werden. Dies bemerken wir nur nebenbei; von dem politischen Dogma, das wir angedeutet, ist jeder Patriot durchdrungen.

Der vorliegende Fall ist ein ganz anderer. Ein Minister zeigt sich illiberal, ohne im strengen Sinne inconstitutionell zu sein. Er würde sich der letztern Bezeichnung schuldig machen, wenn das constitutionelle Princip in Deutschland in seiner Begriffsbestimmung nicht so vage, in seiner Anwendung nicht so unbestimmt und unvollkommen wäre. In unsern neuen Repräsentativ-Verfassungen sind die Grenzen der ministeriellen Befugnisse nicht genau abgeleitet; und die bisherige constitutionelle Praxis hat zu unserm großen Leidwesen wie in manchen andern, so auch in diesem Punkte noch zu keiner Ergänzung der Verfassung geführt. Dies gilt von sämmtlichen Repräsentativ-Staaten Deutschlands. Der vor uns

liegende Thatbestand umfaßt also keinen directen Anklagegrund wider den Minister des Innern, wie er in einer bis jetzt noch mangelnden constitutionellen Begriffsbestimmung der Verantwortlichkeit der Minister, als von vornherein anerkannt, sich verfinden müßte. Doch auch eine Affirmative dieses Falles angenommen — kann er dann, so fragen wir wiederholt, als Motiv des Rücktritts der württembergischen Exposition anerkannt und zugelassen werden? Nimmermehr! und gewiß theilt die Mehrzahl des von deutschen constitutionellen Regierungen beherrschten Volkes unsere Ueberzeugung.

Wir haben vorhin gesagt: mit vollkommener Berechtigung gegenüber den gegen das Volk übernommenen Verpflichtungen mögen die Kammern in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Brechungen in der zustehenden Zeit von der parlamentarischen Schaubühne abtreten, wenn die gewissenhafte Ueberzeugung sich ihnen aufgedrungen hat, daß sie unter den herrschenden Verhältnissen zum Wohle des Volkes, das sie darstellen sollen, nicht erfolgreich wirken können. Solche Ueberzeugung kann freilich aus vielen thatsächlichen Voraus-

setzungen, von denen die eine und die andere von größerem oder geringerem Gewichte ist, ausgehen; dann aber muß es dem Volke und dem Einzelnen gestattet sein, zu untersuchen, in wiefern solche Ueberzeugungen allgemein getheilt werden können, und ob nicht ihnen jeder objective Anhalt verloren gehe, wenn man sie aus der engen Puppe ihrer Subjectivität herauszieht? Von vornherein aber muß als erster Grundsatz festgehalten werden, daß, so lange nur immer noch eine Hoffnung und Möglichkeit vorhanden ist, sich in der gesetzlichen Stellung als Vertreter des Volks zu erhalten und resp. als Vertheidiger der guten Rechte des letzteren geltend zu machen, dem von seiner Pflicht durchdrungenen Repräsentanten vom eigenen Gewissen nicht gestattet werde, aus seinem ständischen Wirkungskreise zurückzutreten.

Das eben ist seine große und hauptsächlichste Aufgabe, die durch die Verfassung geheiligten Rechte des Volks und alle aus denselben herzuleitenden Folgerungen wider alle Stürme und wilden Anfälle feindlicher Elemente ausdauernd zu beschützen und entweder nur als Sieger, oder, in Fesseln geschlagen von einem unabwendbaren

Schicksale, ein ehrenvoller Besiegter vom Kampfs-
 platze abzugehen.

Es ist ein Leichtes, im milden Sonnenscheine
 des Friedens, im Mondscheine bürgerlicher Behag-
 lichkeit und unter der Herrschaft glücklicher poli-
 tischer Constellationen den Mund mit liberalen
 Redensarten voll zu nehmen und an den Mini-
 stern sein philiströses Muthchen zu kühlen: aber
 die Bürgertugenden voll edleren und tiefer tönen-
 den Metalls thun nicht bloß im Schlafröcke und
 hinter dem Ofen groß, sondern bewähren sich
 unter Donner und Blitz im Kampfe wider das
 wilde Dröhnen des Meeres, das des Bürgers
 edelste Lebensgüter in seinen finstern Schlund ver-
 schlingen will.

Die bisherige württembergische Exposition, deren
 Ehrenhaftigkeit nur vom blinden Aristokratismus
 bezweifelt werden kann, handelte jedoch wider
 Pflicht und Gewissen, indem sie in ihrer bisherigen
 Zusammensetzung vom parlamentarischen Kampfs-
 platze abtrat. Dieser Rücktritt giebt sich in dem
 ausgesprochenen Willen kund, keine auf sie fal-
 lende Wahlen für die nächste Landtagsperiode an-
 zunehmen. Nichts ist so sehr über allen Zweifel

erhaben, als die Annahme, daß jeder der im Eingange unserer Darstellung genannten Männer wieder würde gewählt worden sein. Denn innig verwachsen mit dem bisherigen constitutionellen Wirken dieser Männer sind die öffentlichen Ueberzeugungen, Strebungen und Sympathien des württembergischen Volkes. In deren Charakteren schwingt sich das politische Bewußtsein des wackern Schwabenvolkes zur persönlichen Verlebendigung auf. Darum scheint es denn auch, daß mit dem Rücktritt dieser Männer aus dem Volke selbst alle politische Energie gewichen sei. Das Wahlgeschäft bietet keine der lebendigen Scenen mehr, in welchen sich noch vor einem halben Jahrzehend der erwachte Volksgeist so bezeichnend ausgesprochen. Unrühmliche Abspannung ergriff des Volkes politische Lebenskraft. Sein Genius läßt die Flügel sinken, weil ihm aus dem Nervengeiste des Volkes anstatt des früheren mannhaften Muthes weibische Feigheit zugeführt wird. Schon an diesen Frühfrüchten möge die Opposition erkennen, wie schwer sie durch ihren unrühmlichen Rückzug sich an den Hoffnungen des Volkes und an dem Genius der constitutionellen Freiheit versündigt

hat. Unmöglich kann das Volk in seiner Gesamtheit auf sich selbst, seine Regierung und seine Zukunft bauen, wenn Die, denen es bisher mit innigstem Vertrauen sich ergab, in theils unmännlichem und launenhaftem Verzagten, theils in störrischem Eyleen oder in greisenhafter Hingebung zur Unzufriedenheit allem Vertrauen selbst entsagt zu haben scheinen. Kommt es in unsern Tagen, in welchen der constitutionelle Bürger so ziemlich von einem Bewußtsein der ihm zustehenden Rechte durchdrungen ist, Männern und Volksovertretern zu, Gefahren und Kämpfen, die über sie und das von ihnen vertretene Volk möglicherweise hereinbrechen können, von vornherein durch einen unehrenwerthen Rückzug zu entgehen?

Würden aus dem Benehmen der württembergischen Opposition keine andern Folgen herzuleiten sein, als die, daß die erledigten Stellen nunmehr von anderen sie ersetzenden Ehrenmännern eingenommen und die Strömungen des Volksgeistes zu diesen neuen Quellen in nur veränderter Richtung, aber mit der alten Gewalt, zurückfließen würden; so möchte der öffentlichen Kritik die Waffe aus der Hand genommen sein.

Aber bei solchen Folgerungen müßten auch die Voraussetzungen ganz andere sein, und namentlich müßte aus der constitutionellen Geschichte Württembergs die Thatsache ausgelöscht werden, daß die Geschichte des landständischen Wirkens jener Männer und die Geschichte des öffentlichen Geistes gar nicht von einander zu trennen sind.

Gewisse politische Richtungen, die schon sich unzertrennlich mit dem Geiste der Geschichte verschmolzen und auf dessen Antlitz einen unauslöschlichen Ausdruck gewonnen haben, können einzig und allein nur von ihren Schöpfern vertreten werden, da sie, ebschon Strebungen, die aus einem objectiven, dem Verständniß und der Theilnahme Aller zugänglichen Begriffe hergeleitet werden können, gleichwohl einen festen persönlichen Charakter sich bewahren, in dem sie von keinem Dritten besessen werden können.

So vornehmlich verhält es sich mit den Richtungen im constitutionellen Leben Süd-Deutschlands. Mit welchen Nachfolgern wollt Ihr die politischen Begriffe Schott, Pözer, Uhland, Kottek, Welcker, Isstein u. s. w. ausfüllen, wenn

diese Männer von der politischen Schaubühne abgetreten sind?

Ihre Richtungen und ihre Charaktere haben nur einen Namen. Die politischen Offenbarungen ihrer Charaktere aber müssen als Barometerzeichen ihrer Richtungen angesehen werden. Insofern jedoch diese Richtungen dem öffentlichen Geiste eines Volkes oder Volksstammes ihr Gepräge aufgedrückt, und überhaupt der Geschichte der Menschheit neue Bahnen gebrochen haben: dann wird es wohl fortan dem Forscher im Buche der Menschheit eine ernste Aufgabe bleiben, die Ein- und Ausmündungen jener Richtungen zu verfolgen, die Klippen kennen zu lernen, woran sie sich stießen, vor Allem zu untersuchen, ob sie stets zur rechten Zeit die Segel aufgezogen und gelichtet, je nachdem günstiger Wind oder Sturm die See beherrschte, und ob sie während des Ankämpfens wider den letztern stets die rechten Nothsignale gegeben und die geschicktesten Boote und Steuermänner ausgesetzt, um noch immer einen sichern Hafen zu erreichen?

Um im Geiste unseres Bildes fortzufahren, so müssen wir behaupten: der hier in Frage stehende

Rückzug der Opposition gleiche einem Versinken aus eigener Schuld, hervorgegangen theils aus selbstmeuterischer Störrigkeit, theils aus muthloser Trägheit. Indes die letztere vergaß, die lecken Seiten des constitutionellen Schiffes zur guten Stunde auszubessern, ist es der Eigenschaft der ersten beizumessen, daß sie selbst, von einem finstern politischen Spleen beherrscht, neue Risse ins Schiff des constitutionellen Lebens schuf.

Am Ufer stehen, vom Durchlauchtigsten Fürsten von Solms-Lich geführt, die feudalen Feinde des neuzeitlichen Verfassungssystems, in einem lehensherrlichen Hohn Gelächter sich ergehend und der Menge in feinen Worten sagend: „Was wollt Ihr mit Euren neuen Verfassungen? Blickt hin! Viele Eurer Steuermänner sind eben in die tiefe See versunken, und dies wahrlich nicht aus patriotischem Spartanismus, sondern aus finsterner Nothwendigkeit und Verzweiflung, weil sie sehen, daß Das, was sie bisher für das felsenfeste Gebäude Eurer neuen constitutionellen Freiheiten angesehen, nichts als ein lächerliches Kartenhaus ihrer donquijottischen Ideen ist.“

„Deshalb zum T..... mit Eurer Theilhaberschaft

der Gesetzgebung, fort mit Euren thörichten Ideen von Bürgerthum und constitutioneller Freiheit, Ihr seid nur glücklich, wenn Ihr von nichts wißt, als von Eurem Pfluge und Eurem Brotkorb, höchstens mag Euch die ständische Verfassung des Lehensstaates zurückgegeben werden, deren Ihr durch die tollhändlerischen Ideen der neuen Zeit so schändlich beraubt worden seid. Euch bleibt nichts übrig, als in einer demüthigen Petition die deutsche Bundesversammlung anzusprechen, durch gemeinsamen Beschluß der deutschen Fürstenvertreter die neuen Verfassungen in allen deutschen Ländern gnädigst aufzuheben!“ —

In der That, wenn Diejenigen, welche von den großen Vortheilen unserer neuen Verfassungsformen am kräftigsten sollten durchdrungen sein, selbst zuerst an allen daraus herzuleitenden Folgerungen verzweifeln, so mag es doch ja den Heinden des Repräsentativ-Systems nicht verübelt werden, wenn sie behaupten, es nehme sich zwar dieses System auf dem Papiere schön und wohlklingend aus, aber in der Wirklichkeit, in der Anwendung sei es ein lächerlicher großsprecherischer Unsinn. Diesen Helden und Wortführern des Neu-

ditionen mag es dann ein Leichtes sein, alle scheinbar wunden Seiten des Systems aufzudecken und dem Volke glauben zu machen, alle wider die Repräsentativ-Verfassungen erlassenen Anklagen seien redlich und der Wahrheit gemäß, weil die in ihren Handlungen sich aussprechenden Gesinnungen berühmter Volksvertreter selbst für sie das Wort ergriffen.

Der Rückzug der württembergischen Exposition ist eine moralische Niederlage, die der Geist des constitutionellen Princips erlitten hat. Wenn die Exposition dieses thatsächliche Resultat ihrer Handlungsweise vorausgesehen und dasselbe gleichwohl zu verhindern nicht getrachtet hat, so möchten wir versucht werden, an der machtvollen Mannheit und energischen Aufrichtigkeit jener Grundsätze zu zweifeln, durch deren bisher redliche Anwendung sie den Entwicklungen des constitutionellen Lebens so kräftigen Anstoß gegeben hat. Eben dieser Wirksamkeit kann es theilweise verdankt werden, daß die gegenwärtigen constitutionellen Zustände in Württemberg noch immer so geartet sind, daß nur die Verhältnisse in Baden einen möglichen Vergleich mit ihnen auszuhalten

vermögen. Die württembergische Finanz- und Militärverwaltung kann für die geordnetste in Deutschland angesehen werden. Wenn die Gesetzgebung ein Vorwurf treffen könnte, so fiel derselbe theilweise auf die Landstände selbst zurück; doch kann ein solcher, wenigstens in allgemeiner Fassung, nicht erhoben werden. Alle materialen Interessen werden von der königlichen Hand des Regenten von Württemberg selbstleigen mit großer Liebe und unausgesetztem Eifer gepflegt. Manches hat Württemberg in solcher Beziehung seinem Fürsten zu verdanken. Von ihm ging die Idee einer Vereinigung der deutschen Staaten zu Einem Zoll- und Handelssysteme aus; und viele Ergebnisse dieses zu Stande gekommenen Systems, deren erfreulicher Zeuge die Gegenwart ist, sind seiner königlichen Vermittelung zuzuschreiben. Es wird dem Könige Wilhelm vorgeworfen, mit derselben Inbrunst, in der er den materialen Tendenzen zugethan, sei er den intellectualen, den geistigen abgeneigt. In dieser Hinsicht werden in Stuttgart viele bezeichnende Anekdoten erzählt. Wissenschaft und Kunst, vor Allem die schwäbische Dichterschule, haben sich nur sehr geringer Gunstbe-

zeugungen zu erfreuen. Die Gelbweigelein und altes Ritterwefen find am Stuttgarter Hofe nicht beliebt, und Uhlands schwermüthige Muse wird als eine unpraktische Schwärmerei betrachtet. Eine unverkennbare Sympathie verbindet in diesem Puncte den Minister von Schlayer mit dem Hofe. Künstler und Poeten find es nicht, denen er am Liebsten seine Aufmerksamkeit zuwendet; vielmehr blickt er sie wohl mit jener sarkastischen und herausfordernden Miene an, die man an diesem Minister zuweilen bemerken will. Doch wir hüten uns, in persönliche Details einzugehen, die nur im Widerspruche zu dem bittern Ernste unserer gegenwärtigen Auseinandersetzungen stehen würden. Man will Herrn von Schlayers eifrige Theilnahme an dem bekannten tübinger Universitätsstatut und was er neuerdings in Betreff der Press- und Lehrfreiheit gethan, mit vielen angeborenen Tendenzen seines Geistes in Verbindung bringen. Es thut uns leid, den Grund einer solchen Annahme nicht bestreiten zu können. Merkwürdige Contrasten an der öffentlichen Erscheinung dieses Ministers mit jedem Tage schar-

fer hervortretend, führen unsere Aufmerksamkeit in wachsender Steigerung diesem Charakter zu. Die großen Fähigkeiten seines Geistes, die Gabe einer freien, glänzenden und eindringlichen Rede, mit welcher er die Opposition so oft ganz schwach gemacht, in Verbindung mit einem hellen praktischen Sinne, der Vielen nur zu hell erscheint, müssen von Freund und Feind anerkannt werden; so sehr, als in der Tradition jene freimüthigen, ja selbst radicalen Richtungen fortleben, denen er sich einst in mannhafter Gesinnung ergeben hatte. Im nächsten Einklange standen diese Richtungen (wenigstens mußte man so annehmen) mit dem proletarischen Erbe seiner Geburt und seiner Erziehung; und um so kräftiger mußten dieselben in die Ideen der neuen Zeit einströmen, als er deren lebendige Kraft und das lecke Wachsthum seines Geistes dem endlichen mühsamen Siege dieser Ideen zu verdanken hatte. Nunmehr aber sehen wir ihn im directen Gegensatze zu jenen früheren Richtungen. Zwar kraftvoll beschützend alle Bestrebungen, welche das materiale Wohl des Volkes zu erweitern geeignet sind, stellt sich

nur um so greller der Widerspruch dar, in welchen sein öffentlicher Charakter sich versing, in dem er nunmehr den Forderungen der geistigen Freiheit entgegen steht. Er, der ohne den Sieg dieser Freiheit selbst niemals die Zügel der württembergischen Verwaltung würde haben ergreifen können, kämpft nun mit deren eigenen Waffen gegen die ernste Göttin an. Er zeigt ihr seinen glatten Rücken und sein stolzes abweisendes Gesicht, aus dem man doch wieder eine gewisse Bürgerlichkeit niemals verwischen kann.

Wir hatten vor noch nicht langer Zeit Gelegenheit, Herrn von Schlaver als einen öffentlichen Charakter darzustellen, an welchen sich die Geschichte vieler Entwicklungen des neuen Lebens und des constitutionellen Princips in Württemberg anknüpfen ließ. Wir nahmen damals aus der Totalität seiner bisherigen Wirksamkeit Veranlassung, in derselben den persönlichen und sachlichen Sieg einer vernunftgemäßen Freiheit über den alten lehnsherrlichen Despotismus, wie nicht minder über die Auswüchse der neuen politischen Bildung lobzupreisen. Nun aber sind neue Manifestationen dieses Charakters hervorgetreten, die

und fast an unseren früheren Behauptungen irre machen. Was wir nämlich früher als Drang der Nothwendigkeit bezeichnen zu müssen glaubten, wenn wir ihn wider die extremen Folgerungen des constitutionellen Systems kämpfen (und siegen) sahen, scheint sich nun in ihm zu einem rationellen vorbedachten Systeme ausgebildet zu haben. Solches neueste Moment in der Geschichte dieses öffentlichen Charakters ist ein bedeutungsvolles und ernstlich betrübendes. Es sind Princip und Maxime, Theorie und Praxis bei ihm so ineinandergefloßen, daß seine Handlungsweise für den aufrichtigen Ausdruck seiner politischen Ueberzeugungen und Grundsätze gelten muß. Seine Handlungen zeigen sich aber in allen ihren Verzweigungen der geistigen Freiheit abhold; jener Freiheit, die uns erst den Werth des Lebens fühlen und ein bürgerliches Bewußtsein erwerben lehrt. Wäre der Mensch geboren, bloß um sich sinnlos solchen Zwecken hinzugeben, die Andere willkürlich für ihn abgesteckt, auch hin und wider sich fett füttern zu lassen, um dem Ruhnieser oder Besizer desto dickere Wolle zu liefern, so möchte ein solches System vortrefflich sein.

Jedoch weiß Herr von Schlayer gewiß sehr gut, daß des Menschen Dasein zu etwas höheren Zwecken berechtigt. Für die letztere Fassung den Gegensatz gesetzt, so würde Herr von Schlayer schwerlich württembergischer Minister geworden sein. Dieß würde in dem Falle nicht beklagt werden können, wenn seine Erhebung den Interessen des Bürgerthums, der bürgerlichen und geistigen Freiheit nicht jederzeit sollte wahrhaft erspriesslich sein! Der Begriff eines in vernunft-gesetzlichem Bewußtsein lebenden Erdenbürgers empfängt seinen Inhalt erst durch das Besitztum ungeschmälerter geistiger Freiheit. Der Bürger darf in seinen Eigenzwecken durch nichts als durch vernunftgemäße, den Ideen des ewigen Menschenrechts entsprechende Gesetze beschränkt werden, welche zugleich seine gesellschaftlichen Pflichten festsetzen. So wie er in dieser Beziehung beeinträchtigt wird, sinkt er zum Automaten herab. Zwischen Freiheit und Sklaverei steht nichts mitten inne, als höchstens die Verfassung des Solms-Lich'schen Lebensstaates. Wo die Sonne der Freiheit nicht mehr leuchtet, da beginnen die Schlag Schatten der Knechtschaft.

Herr von Schlayer beeinträchtigt mehr und mehr dasjenige Recht, was der Idee des neuen constitutionellen Staatslebens erst Farbe und Ausdruck giebt, nämlich das vernunftgemäße Recht des freien Gedankens und der freien schriftlichen Rede, welches Recht durch die Constitution einen gesetzlichen Charakter gewonnen hat.

Wäre in unserm constitutionellen Leben der Grundsatz von Verantwortlichkeit der Minister schon eine Wahrheit geworden, so würden die württembergischen Repräsentativ-Stände den Herrn von Schlayer in geeigneter Form zur Rede stellen können. Sie würden ihm nicht nur sagen, daß er seine Befugnisse überschreite und daß er sich sündhaft an dem Wesen der Constitution vergehe, wenn er die geistige Freiheit irgendwie mit Fesseln umschlinge; sondern als gutmüthige Bürger, die sich gerne zu Erklärungen herbeilassen, würden sie auch noch auf die Thatsache hinweisen, daß Württemberg den Ruhm, dessen es im Auslande genießt, ja daß das specielle Vaterland einen Theil seines Wohlstandes selbst den Bestrebungen zu verdanken habe, deren letzter Grund in derselben geistigen Freiheit ruht.

Würde die Verwaltung Württembergs Chorus machen mit liberalen Regierungsgrundsätzen, so würde es dann ein Leichtes sein, vorherzusagen, was daraus der Zukunft unser constitutionellen Lebens erwachsen würde; ein um so Leichteres, wenn Diejenigen, auf deren gesetzhche Gegenwirkung gegen ein mögliches Ausgreifen der Gegenstände man zeither noch rechnen konnte, den Charakter der Volkvertretertschaft in unpatriotischer Entsagung niederlegen. Ebendies bietet das constitutionelle Leben, wie es seit einem halben Jahrzehend in den ständischen Protokollen einiger Staaten sich verzeichnet findet, nicht immer erfreuliche Momente dar. Wir können nicht entscheiden, woran es liegt, daß in Hessen-Kassel, das die freiständige Verfassung hat, wiederholte Ministeranklagen, wiederholte Auflösungen oder plötzliche Vertagungen der Ständeversammlung stattfanden und der merkwürdige Streitpunkt über die Rotenburger Erbschaft noch immer obschwebt. Auch in Hessen-Darmstadt verwickelten sich die Verhältnisse zwischen Regierung und Abgeordneten wiederholt so gänzlich, daß mehrmalige Auflösungen für nothwendig erachtet wurden. Wie es in Nassau

in den Jahren 1831—1833 hergegangen und wie dort endlich die erwünschte Ruhe hergestellt worden sei, ruht noch in treuem Gedächtniß. In Baden machte sich das constitutionelle Princip noch bisher in der That und in der Wahrheit geltend. Wie es in der Zukunft kommen wird, ist ungewiß. Bis jetzt ist noch von den constitutionellen Entwicklungen unter Winters Ministerium die Rede. Was unter dem neuen Ministerium kommen könne, muß die nächste Session der Kammer auguriren. Wir aber wollen hoffen, daß Winters Geist fortlebe in den Wirkungskreisen der badischen Landstände und daß das gegenwärtige Ministerium sich von Zeit zu Zeit gemahnen lasse, daß nur, wer im Winterschen Geiste wirke, sich der segnenden Liebe des Volkes erfreuen könne.

Vor Allem möge niemals im badischen Cabinet jene Politik zur Geltung kommen, die, wenn sie gleich ihre Lagerstätte an offener Straße hat, doch niemals lebend ist für die Strömungen des sie umrauschenden Lebens; die vielmehr, um uns eines Gleichnisses zu bedienen, gewissen, oft an den belebtesten Punkten befindlichen Bau-

werken gleicht, deren Errichter, Meister baukünstlerischen Unsinns, in dem Plane von Wohnungen, in denen sich das moderne Leben bewegen soll, die fernsten mittelalterlichen Tendenzen, die blinden katholischen Anschauungen versinnlichen und hinter einem großen gefärbten Fenster hervorblinzeln, während rings um sie Alles vermauert ist. Wehe Baden, wenn es gelingen sollte, die Politik des großherzoglichen Cabinettes nach solchen Grundrissen zu modeln.

Im Königreiche Sachsen liegt das constitutionelle Leben noch in der Wiege der Kindheit und mag deshalb erst zu Erfolgen berechtigen, wenn es zu kräftiger Mannheit herangewachsen ist. Dies Wachsthum wird zwar geschützt und befördert durch eine vernünftige und freisinnige Regierung, vermitteltst eines Ministeriums, dem an Trefflichkeit kein anderes deutsches Ministerium zu vergleichen ist, da Charaktere, wie der des preiswürdigen Herrn von Lindenau, etwas sehr Seltenes sind. Bedeutende Anregungen für das deutsche constitutionelle Ausland sind jedoch von Sachsen aus nicht zu erwarten; zum Theil noch wegen der angeführten Unreife der dortigen Verfassung und zum Theil wegen der vielen inconsti-

tutionellen Einflüsse, deren sich dieses Land bei seiner Begrenzung von Preussen und bei dem ferneren stehenden Einflüsse einer grossen politischen Macht des Nordens niemals zu erwehren vermag. Die Entwicklungen des constitutionellen Lebens im südwestlichen Deutschland müssen deshalb ihre Stütze in dem eigenen Geiste des dortigen Volkes finden. Aus diesem Geiste müssen sie Nahrung schöpfen; auf diesem Geiste müssen sie ruhen und sich bewegen können. Den hülserufenden Blick nach dem jenseitigen Rheinufer zu wenden, dürfte nur im Falle der höchsten Noth verstatet sein. Aber dann müßte kein Zweifel sein, daß, indem wir fetschergestalt dem vaterländischen Wolfe zu entgehen gedächten, wir nicht in die Klauen des gallischen Hahnes fielen. Fast nach allen Seiten von Feinden umgeben, von denen die Einen sich unter der Larve der Freundschaft verdecken, um bei Gelegenheit uns desto sicherer verdrängen zu können, indem die Anderen es geradezu herauslagern, daß sie uns abhold sind, steht das constitutionelle Leben im südwestlichen Deutschland vereinzelt da, sich keines Schutzes als seines eigenen erfreuend, auf nichts Anderm ruhend als auf sich selbst

auf den neuen Ideen des Rechts und der Gerechtigkeit, auf der Vaterlands- und Freiheitsliebe des Volks, in dem es sich bewegt, und endlich auf der makellosen Tüchtigkeit der Charaktere, denen das Volk die Vertretung seiner constitutionellen Rechte übertragen hat. Denn der Liberalität der Throne, wenn sie auch hier und da und an verschiedenen Orten sich ausspricht, dürfen wir niemals zu viel vertrauen.

Den obersten Menschheitshöhen sollten zwar die Ideen der Freiheit und des Menschenrechts viel schöner und üppiger entsprossen, als den finstern zerklüfteten Thälern und Gründen, die uns niedrigen Bürgerleuten zum Wohnplatze angewiesen sind. Aber ach! je höher die Stufe, auf die dich das äußere Leben gesetzt, desto ferner bist du den Pulsschlägen der Erde, die uns nährt, aber zugleich auch lehrt, daß wir Alle ihre Söhne sind, daß sie uns Alle mit der gleichen Liebe geboren und uns Alle mit demselben Verlangen wieder zu sich zurückrufen wird. Um aber zu fühlen, was uns Allen noth, müssen wir das eigene Ohr an die Mutterbrust der Erde legen, dürfen wir ihr nicht allzuweit entrückt sein nach

jenen im goldenen Glanze schimmernden Höhen, wo die Seufzer der niedrigen Staubgeborenen übertönt werden von dem Schall der Freude, von den Thyrusschlägen der Einzelnheit. Wer den Glanz und den Nektar dieser Höhen gekostet, verliert gar leicht den Sinn für das Dunkel tieferer Kreise und für die Milch, die in den niedrigen Gründen der Erde fließt. Es ist nur ein Phönix im Stande, an den Tiefen der menschlichen Lebenskreise die Höhen des Thrones zu ermessen und diese über jenen zu vergessen. Ich sage ein Phönix: aber ist dies nicht eben der Vogel aus der Fabel, der alle Jahrtausende nur einmal wiederkehrt? —

Wenn wir vom süddeutschen Standpunkte der Gegenwart aus einen Blick in die Zukunft werfen, so mögen wir uns nicht verleugnen, daß unsere Aussichten nicht die allertödlichsten sind. Mehr und mehr wird die Idee des neuen Staatslebens, wie sie sich als Eigenthum unseres Süd-Westens offenbart, gefährdet; indeß die Principien des Nord-Ostens mit jedem neuen Tage zu erhöhter Alleingeltung sich aufschwingen. Wie aber in kosmischer Hinsicht der Nord-Ost sich in directem

Gegensatz zum Süd-West verhält, so auch verhält sich die Politik des ersteren zur Politik des letzteren.

Aber auch abgesehen davon finden wir überhaupt in unserer Zeit den Gegensatz zwischen dem System des Absolutismus und dem System der gesetz begründeten Freiheit. Wer könnte es läugnen, daß für das Erstere hier und da mit größerem Eifer gearbeitet wird, als für dieses und daß den Verfechtern des Ersteren eine ganz andere Macht, ganz andere Hilfsquellen zu Gebote stehen, eine viel festere Einigkeit sie verbindet und ein Zusammenwirken erleichtert, was allem Leben, dessen Pulse von der Sonne der Freiheit getrieben werden, den gefährlichsten Krieg droht.

Ob wir nicht bei dem schrecklichen Gedanken erzittern, daß jenes feindliche System noch dereinst in die Marken unsrer Gesetzesherrschaft hereinbrechen dürfte, getragen von woher immer es wolle, das ist eine Frage, die an keinen selbstdenkenden Deutschen gestellt werden kann. Aber gewiß ist es, bei manchen Befürchtungen droht erst dann die Gefahr ihrer Verwirklichung recht sicher, wenn man verschiedenerseits sie nicht theilen will, nicht an sie glauben mag.

Würde aber diese Verwirklichung eingetreten sein, würden die Principien des Absolutismus gestlegt haben, dann wäre auch Alles dahin, was bisher das Leben des südwestlichen Deutschlands bewegte, dann wären seine Freiheit, seine Constitutionen von dem feindlichen Gegensatze vernichtet.

Wenn man uns entgegenhält, wir sähen Grau in Grau und durch eine Brille, welche die unsicherste Ruthmaßung zu einer unzweifelhaften im Schooße der Zukunft sich ausbrütenden Wahrheit vergrößere, so bescheiden wir uns gerne, die Tragik der süddeutschen Zukunft in kürzere Schlagschatten einzugrängen. Dann wollen wir bloß den Fall sehen, daß, getragen von dem Gegengewichte, den die Lebensstrebungen der neuen amerikanischen Völkervelt, aus deren Sonne von Zeit zu Zeit erhaltende Strahlen nach dem südwestlichen Europa herüberleuchten, das Princip, aus welchem die Völker des letztern ihre neuesten Entwicklungen schöpften, von dem wachsenden Einflusse der absolutistischen Politik nur in so fern werde beeinträchtigt werden können, daß zum Beispiele die constitutionellen Gerechtsamen der südwestlich-deutschen Völker nicht dem Grundsatz,

sondern bloß der That, dem Gebrauche nach suspendirt und resp. gelöscht würden, so dünkt' ich, hätten wir keinen Grund, mit unsern Göttern allzu zufrieden zu sein.

In dem einen wie in dem andern Falle sind wir politisch vernichtet. Denn für die süddeutsche Freiheit giebt es keine sich nach den Umständen modificirenden Gegenläge, wenn sie vom Sturm des Despotismus zerfahren worden. Die geschliche durch seine Verfassungen begrenzte Freiheit unsers Südens hat nur einen Gegenlag: es ist **Anechtschaft oder knechtische Abhängigkeit**. So wie die eine anfängt, hört die andere auf, d. h. sie schließen sich gegenseitig entschieden aus. Wir lassen nicht mit uns markten und feilschen; auch giebt's für uns keinen Ersatz durch Gewährung der Hälfte dessen, was wir als Ganzes anzusprechen berechtigt sind. Gleichermaßen kann man uns durch ein bißchen Zuckerkruste die Pillen nicht genießbar machen, die unter ihr verbergen sind; und unser Elkel vor den lehtern wird dadurch nicht im Geringsten vermindert. Der Charakter der süddeutschen Volksstämme ist ein ursprünglicher, unmittelbarer, ein entschiedener. Er ist

nur einer Form, und nicht verschiedener Formen fähig. Man kann ihn nicht nach den Umständen modeln und einwerthen. Wenn Ihr ihm die Hälfte seiner gesetzlichen Gerechtsamen, seiner politischen mit seinen Geistes- und Lebensstrebungen übereinstimmenden Freiheit nehmt, so ist sein Gefühl dasselbe, als hättet Ihr ihm Alles genommen. In Liebe und Haß gleich sehr verschieden, steht im Charakter des süddeutschen Volkes zwischen Freiheit und Sklaverei nichts mitten inne, das die beiden Gegensätze vermittelte.

In dieser weltgeschichtlichen Thatsache liegt das Geheimniß der dunkeln Tragik ausgesprochen, die ihre Fäden durch die politische Zukunft unserß Südens schlingt.

Unser bürgerliches auf das häusliche Leben gegründetes Glück, das, wenn es eine Wahrheit werden soll, von der befruchtenden und erhaltenden Sonne politischer Selbstständigkeit durchleuchtet werden muß, ruht in der Unmittelbarkeit unserß dem Herzen entsteigenden Bewußtseins, das nicht durch die Reflexion vermittelt wird. Wenn wir zu unserm Glück des Gedankens nöthig haben, so ist dasselbe schon dahin. Denn so wie das

Gefühl zu seiner Selbstbewußtheit des Gedankens bedarf, ist es seiner unmittelbaren Innerlichkeit bereits verlustig gegangen. Wir wissen uns verständig zu fügen, wenn die Blige der Gewalt die Persönlichkeit unserer politischen Existenz zerschmettern. Aber wir vermögen nicht durch des Gedankens Schmiegsamkeit und Servilität uns ein Glück oder eine Beruhigung vorzulügen, die im Widerspruche zur unbestechlichen Wahrheit unserer Empfindungen steht. Der Charakter des deutschen Nordens (Sachsen ausgenommen) ist da viel besser daran. Seine Empfindungen machen ihm unerhört wenig zu schaffen. Ihm lassen sich alle Formen der Nothwendigkeit ausdrücken, ohne daß, was er als Persönlich-Bleibendes in Anspruch nimmt, zu verrücken; dies folgt ihm vielmehr in alle Verwandlungen nach. Denn selbst dieses Bleibende, so voll charakteristischer Eigenthümlichkeit es ist, ist doch nichts Ursprüngliches, Unmittelbares; es ist keine Erscheinung, sondern eine That. Es ist nämlich nichts Anderes als eine gewisse Energie der Reflexion, die sich in politischem Betrachtere nicht selbstständig

gestaltet, sondern sich stets den Verhältnissen accommodirt.

Die Elasticität der norddeutschen Gedankenwelt, die mit den unmittelbaren Anschauungen des süddeutschen Gemüths gar nichts Gemeinsames hat, gewährt im Sinne Herm. Warggraff's *) der politischen Zukunft Deutschlands allerdings eine größere Garantie, als die Starrheit und Entschiedenheit des süddeutschen Charakters, der alles Halbe, Lügenhafte, Unfertige verabscheut. Aber welche deutsche politische Zukunft mag das sein, wenn sie einzig von den Ideen des Nordens getragen werden muß, ohne sich der freiwilligen Zustimmung des Südens zu erfreuen?

Unstreitig kann sie auf nichts Anderm als auf einem Vertrage beruhen, den die norddeutsche Gedankenschmiegsamkeit mit einem hereinbrechenden fremden Despotismus schloß, wodurch einer Sache, deren wir thatsächlich verlustig geworden, ein formelles Weiterleben, sonach ein Scheinleben gesichert wurde, zur Hohnfreude

*) S. dessen treffliches, eben (bei Engelmann in Leipzig) erschienenenes Buch: „Deutschlands jüngste Cultur- und Literatur-Epoche.“

Derer, die uns gebeugt, und zur ewigen Qual Aller, die mit innerstem Herzen das hereingebrochene Unglück empfanden. So wie Norddeutschlands philosophischer Kriticismus nöthig sein wird, dem deutschen Volke eine politische Zukunft zu sichern, so ist bereits die wahre Freiheit all' im politischen Lebenskörper unsers Volkes zu Grabe gegangen. Das ist eine Wahrheit, die zu deutlich auf dem Gebiete objectiver Ueberzeugungen steht, als daß sich ihrer Anerkennung selbst die skeptischen Geister Norddeutschlands entziehen könnten.

Jedoch möchte eine weitere Begründung dieser Wahrheit hier nicht am rechten Orte sein.

Vielmehr behalten wir uns vor, die süd- und norddeutschen Richtungen im politischen Entwicklungsgange unsers großen Vaterlandes in einer eigenen Schrift erörternd darzuthun, die sich über allgemein- und speziell-deutsche Angelegenheiten von tiefgreifender Wichtigkeit für unsere Zukunft, ausbreiten wird.

Diese Abschweifung sollte nur dazu dienen, aufs Neue darauf hinzuzeigen, wie das süddeutsche constitutionelle Element, das größtentheils in Herz und Blut des Volkes übergegangen, durch-

aus auf sich selbst, auf seine eigene Kraft verwiesen sei; und daß dies Element, wodurch das Bürgerthum politisch emancipirt wurde, indeß es die Wissenschaft schon längst in rein geistiger Beziehung gethan, durch eine furchtbare politische Analyse nicht mehr aus dem Organismus dieses Volkes ausgeschieden werden könne, ohne dessen Herzblut zu erstickten.

Wenn es nun aber geschieht, daß persönliche Kräfte, über welchen die Wellenschläge jenes Elements kreisen, in unruhmtlicher Abspannung oder in weiblicher Sehnsucht nach Ruhe gewissenlos das Ruder in die Tiefe schleudern und unbeschützt das Schiff der eigenen Führung oder schlechten Steuermännern überlassen: so sieht es einem vaterländischen Bürger zu, seine mißbilligende Stimme über solche Untreu zu erheben und seine Mitbürger auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihnen in solcher Art erwachsen sind. Gefahren, die vorausgesehen werden, können nicht für unvermeidlich gelten, der einzige Trost, der uns geblieben ist.

Das wackere Volk der Würtemberger, das die gegenwärtige literarische Digression veran-

laßte, möge nicht unter sinken in denselben politischen Spleen, der seine Opposition ergriffen hat, sondern sich für und für mit seines Geistes edelstem Muth und seines Charakters schönster Thatkraft der Vertheidigung des Princips ergeben, in dessen vollkommener Verwirklichung erst die bürgerliche Freiheit zu einer thatsächlichen Wahrheit werden wird. Den Minister von Schlayer aber wollen wir an die Geister der neuen Zeit erinnern, damit er vorbereitet sei, denselben Rechenschaft zu geben, wenn der Sturm, den sie erregen können, sein Lakelwerk über Bord geworfen hat! —

Die Repräsentativ-Verfassungen in Deutschland und der Fürst Ludwig von Solms-Lich.

I.

Es sind jetzt einige Monate her, daß in einer Universitätsstadt Süddeutschlands eine Broschüre unter dem Titel: „Deutschland und die Repräsentativ-Verfassungen“ erschien, als deren Verfasser die öffentlichen Blätter den großherzoglich hessischen Standesherrn Fürsten Ludwig von Solms-Lich verkündigten, ohne Letztern hierdurch zu veranlassen, solche Imputationen zurückzuweisen. Der schon im Titel ange deutete hochwichtige Inhalt der kleinen Schrift mußte die Aufmerksamkeit aller Deutschen von Urtheil erregen, und mehrere Blätter bemühten sich, durch charakterisirende Zerlegung der Broschüre das gesammte Volk mit deren Inhalt bekannt zu machen. Namentlich ging solche Bemühung

von einem vielverbreiteten Blatte Frankfurt's aus, und zwar in einer Richtung, welche in die des Herrn Fürsten zu influiren schien. Obschon jedoch die Sache von höchster Wichtigkeit und die zu Gunsten des Fürsten erfolgte Anregung einer öffentlichen Discussion darüber so geartet war, daß die streikräftigen Federn im entgegengesetzten Lager auf den Kampfplatz hätten treten müssen; so verging gleichwohl längere Zeit, ehe irgend eine achtbare Erweiterung aus der Mitte der freisinnigen Constitutionellen zu vernehmen war. Endlich erscholl unter der vielbesagenden Note: „Neueste Flugchrift eines deutschen Fürsten“ ein etwas heiserer Widerruf in einem zu Bamberg erscheinenden, dem castrirten Liberalismus huldigenden Blatte, und zwar, wie wir aus der Broschüre: „Der Herr Fürst Ludwig von Solms-Lich und die Repräsentativ-Verfassungen“ — erfahren, aus dem Munde des darmstädtischen Advocaten Karl Buchner, des Verfassers eben dieser Broschüre, die nichts Weiteres, als eine Ergänzung und respective Modification jenes Zeitungsartikels in dem angeführten bayerischen Blatte ist.

In dieser Entgegnung suchte Herr Buchner zunächst bloß durch, auf historischer Grundlage erhobene Gegenbeweise die Behauptung des Herren Fürsten zu widerlegen, daß das Wesen und der Charakter der alten landständischen Verfassungen Deutschlands, vornehmlich aus dem 14ten, 15ten und 16ten Jahrhundert, in nichts Weiterem als der Befugniß bestanden, die „natürlichen und anerkannten Räthe“ der Fürsten zu sein, so daß hierin und in dem Umstande, daß hergebrachter Weise in allen wichtigen Angelegenheiten ihr Rath verlangt wurde, der Grund zu suchen sei, daß sie nirgends das Recht sich vorbehalten, ihre Zustimmung zu den allgemeinen Landesgesetzen zu ertheilen oder zu versagen, und somit die Gesetzgebung alleiniges Recht der Landesherren blieb. Um nämlich in wenigen Strichen die Wesenheit und die Richtung der fürstlichen Flugschrift zu charakterisiren, so mögt Ihr wissen, daß deren Gedankenreihe sich in der durch eine lange Beweisführung hindurchziehenden Behauptung ausdrückt, daß unsere Fürsten, als sie im Jahre 1815 auf dem allbekannten wiener Con-

griffe sowohl über eine neue Form des deutschen Staatskörpers, als über die politische Organisation der einzelnen Staaten selbst zu Rathe gesessen, keineswegs die Intent'en gehabt hätten, uns solche Verfassungen zu ertheilen, wie sie jetzt die meisten constitutionellen Staaten Deutschlands besitzen; sondern daß ihr Wille sich bloß dahin habe erstrecken können, uns auf die Grundlage unserer alten landständischen Verfassungen hin, solche Institutionen zu gewähren, vermöge deren das Volk durch seine Stände sowohl an der Staatsverwaltung, als auch an der Gesetzgebung, doch in letzterer Beziehung nur in so ferne Theil nehmen konnte, daß seiner bloß berathenden Stimme durchaus kein Eingriff in das dem Landesherren unbeschränkt zustehende Recht der Gesetzgebung möglich war. Zwar deutete der Herr Fürst jene Grundlage nicht wörtlich an; aber er hält es in zwiefachem Betrachte für ganz natürlich, daß nur auf sie gefußt werden konnte. Denn erstens führten die Fürsten damit den Beschluß des Congresses aus, der nun einmal den deutschen Völkern landständische Verfassungen, wenn freilich ohne genau ab-

gestellte Begriffsbestimmung derselben, zusprach; und zweitens thaten sie dieß, ohne daß hierdurch die Hülle ihrer eben gewonnenen Souveraineté beeinträchtigt ward. Denn die Stände in dem Sinne, wie sie in der Intention des Congresses lagen, ohne theilnehmende Gewalt an der Gesetzgebung, senach ohne ein coordinirtes Verhältniß zum Regenten, vermochten der *plénitude de la Souveraineté* keinen Eintrag zu thun, so wie andererseits die deutschen Fürsten in jener Fassung der ihren Vätern zu verleihenden neuen Constitutionen denselben eine Einrichtung zu geben glauben durften, an deren Wesen ihre politischen Sitten und Erinnerungen geknüpft seien. Nachdem solcher Weise der durchlauchtige Verfasser die Willensmeinung unserer Fürsten deducirt und vorher noch eine Begriffsbestimmung unserer alten landständischen Verfassungen in der schon oben gedachten Weise gegeben hatte, ging er über zu der Untersuchung, in wie weit die nun in Wirklichkeit und Gesetzeskraft bestehenden deutschen Verfassungen den Absichten des wiener Congresses entsprächen. Hier langt er bei demjenigen Punkte an, der der eigentliche Stein seines Anstoßes genannt

werden kann, indem er Dasjenige, was ihm die Wirklichkeit bietet, nichts weniger als Demjenigen entsprechend findet, was unsere Fürsten auf dem wiener Congresse gewollt. Es hätten dieselben uns landständische Verfassungen versprochen, und statt dessen uns mit dem Repräsentativsystem beschenkt. Die Zeichnung der charakteristischen Merkmale dieses Systems und seiner Begriffsbestimmung überhaupt beweiset eine große Vertrautheit des Fürsten mit dem öffentlichen Rechte und den politischen Einrichtungen Europa's, und wirklich hätte diese Zeichnung treffender und erschöpfender nicht gegeben werden können. Als charakteristische Eigenthümlichkeiten des Repräsentativsystems gehen uns die hochwichtigen Vorzüge hervor, daß das Volk durch das Organ seiner Repräsentanten zu demselben Antheil an der gesetzgebenden Gewalt, wie der Regent, berechtigt, daß es sonach Letzterm in diesem Betrachte völlig nebengeordnet ist; und daß diese Repräsentanten, deren Wahl völlig unbeschränkt und nur an einen Wahlcensus gebunden ist, das ganze Volk, und nicht bloß einzelne Stände oder Provinzen darstellen. „Nach dem ständischen Systeme —

sagt der Herr Fürst von Solms-Lich — sollen die Stände den Regenten berathen, und ihm auf einem ganz andern Wege als durch seine Behörde, die Bedürfnisse des Volkes offenbaren; in dem Regenten vereinigt sich aber die ganze Staatsgewalt. Nach dem Repräsentativ-Systeme haben die Repräsentanten die Bestimmung, die dem Volke an der Staatsgewalt zustehenden Rechte statt des Volkes auszuüben, und in dem Regenten vereinigt sich nicht die gesammte Staatsgewalt, weil er sie mit den Repräsentanten theilt. Es ist folglich eine nothwendige Annahme des Repräsentativsystems, daß die Repräsentanten das Volk, dessen Rechte sie nicht vertreten oder verteidigen, sondern dessen Antheil an der Staatsgewalt sie statt desselben ausüben, als solches auch darstellen, und daß sich aus der Abstimmung der Repräsentanten die wahre Volksmeinung und der wahre Volkswille unzweifelhaft vernehmen lasse.“ — Die subtile Distinction des Fürsten im letzten Satze zwischen Vertretung und Darstellung des Volkes möchte beinahe als komisch erscheinen, da der erstere Begriff in dem letztern vollständig enthalten ist, und Repräsentanten das

Woll nicht darzustellen vermögen, ohne auch desselben verfassungsmäßige Rechte zu vertreten und zu verteidigen. Die Sprache des Herrn Fürsten ist so hart, fein und anschniegender, daß man am Ende seiner, 61 Octavseiten umfassenden Schrift fast zu dem Glauben versucht werden möchte, er habe dieselbe nur zur Stylübung oder höchstens zu dem Zwecke geschrieben, ein Weniges zur endlichen Verdrängung der Begriffsverwirrung beizutragen, in welcher man in neuester Zeit das ständische und Repräsentativ-System untereinander warf; deshalb uns aber als strenger Logiker und Wortforscher belehrend darzuthun, wie wir immerdar eine Sache bei einem Namen nannten, der ihr von Gott- und Verstandeswegen nicht zugehöre, und wie es aber auch nur durch eine rügenswerthe Inconsequenz unserer Staatshäupter habe geschehen können, daß der reine und unverfälschte Begriff einer ständischen Verfassung durch die Verlebendigung desselben vermittelst des Repräsentativ-Systems so unerhörter Weise corrumpt wurde. Wie gesagt, diese fürstliche Sprache ist so überaus conventionell, planmäßig und unverlegend, daß man

den Aal, der sich uns als Inhalt dieser Sprache präsentiert, etwas scharf ins Auge fassen muß, um die Stellen aufzufinden, wo er faul und tödtlich ist. Sei es gesagt, daß mich, die elenden Verläumdungen Joel Jacobi's ausgenommen, schon lange keine Schrift so im Innersten verlegt hat, als diese Flugschrift eines deutschen Fürsten. Denn von uns Allen war' es unwohl und unklug gethan, sie für den bloßen Ausdruck einer Privatmeinung anzusehen; wir müssen sie vielmehr als die Manifestation einer verhüllt ausgesprochenen Gesinnung erkennen, in welche die höhere und niedere Aristokratie der Privilegirten mit gleicher Liebe sich theilen. Keinem Naturforscher wird es gelingen, die Lebenserclusivität des Giftstoffes zu größerer Evidenz uns darzuthun, als diejenigen, die in der Geschichte der Völker forschen, überzeugung sind, daß die Geburtsaristokratie sich niemals mit der Freiheit der Völker versöhnen werde. Wie ist sie so erheuchelt die Ueberzeugung, daß wir Deutsche uns politisch sicherer und segensverheißender entwickeln würden, wenn unser öffentliches Leben durch jene ständischen Formen einge-dämmt wäre, wie sie uns ursprünglich, nach des

Fürsten Beweisführung, verheißen worden, und wie sie Preußen in seinen Provinzen bietet! Wäre sie nicht erheuchelt, so müßte man den Geist des Fürsten, was doch letzterem nur wenig angenehm sein könnte, der Beschränktheit zeihen. Aber fürwahr, sie ist erheuchelt, und birgt den Wurm einer Gefinnung in sich, der sich gerne, um mich censurfähig auszudrücken, in der Freiheitlosigkeit der deutschen Völker sonnte. O wie ist es Euch zuwider, die Ihr durch die Geschichte von Euren precären Thronen herabgestürzt worden, daß jene selbige Geschichte unser deutsches Volk für eine Freiheit mündig machte, von deren Inhalt wir durchdrungen waren, als in den höheren Regionen die moralische Nothwendigkeit erkannt ward, derselben uns nicht länger harren zu lassen. Auf dem wiener Congresse allerdings, da war schon wieder Manches vergessen, was man uns Deutschen ein Paar Jahre zuvor als Preis unserer nationalen Erhebung verheißen hatte. Man gedachte sich in der neu errungenen Machtsfülle zu Gunsten des Volkes, durch welches man in den Besitz derselben wieder gekommen war, in keiner Weise zu beschränken; und überhaupt sich solcher

Einrichtungen versehen zu müssen, wodurch das Volk dem Regenten niemals lästig werden könne. Aber jener Himmel, aus welchem die Blitze auf den fremden Eroberer gefahren, sah auch auf unsere eigenen Fürsten mahnend nieder und führte ihnen in dem theils unverhohlen, theils stumm ausgesprochenen Verlangen des Volkes den Geist der Gegenwart und die eignen früheren Verheißungen wieder vor. Sie gaben dem Namen nach landständische Verfassungen, mit dem Inhalte der Volksrepräsentation. Ich glaube keineswegs mit dem Herrn Fürsten von Solms, daß die Fürsten, welche ihren Völkern jene Verfassung gegeben, nicht gewußt, wessen sie sich entäußert haben. Indem man viele Eigenthümlichkeiten der englischen und französischen Volksrepräsentation dem Wesen und der Form nach adoptirte, so hätten ja die betreffenden Constituenten vollkommen auf den Kopf gefallen sein müssen, wenn ihnen unbekannt geblieben wäre, daß nothwendigerweise alle Consequenzen jener politischen Organisationen in ihre Nachbilder übergehen mußten. Zu diesen Consequenzen sind allerdings alle diejenigen Folgerungen zu zählen, die aus

der Berechtigung der Repräsentativ-Stände, ihre Zustimmung zu den vorgeschlagenen Gesetzen zu ertheilen oder zu versagen, die Steuern zu verweigern, auf Verantwortlichkeit der Minister zu dringen und respective dieselbe geltend zu machen, erhoben werden müssen. Das sind indessen einfache schätzbare Rechte, die uns nicht länger verenthalten werden durften, wenn nicht die Fürsten sich in schroffen Widerspruch zu ihren früheren Versprechungen und zu dem gerechten Verlangen der Zeit setzen wollten. Ich bediente mich vorhin mit Absicht des Ausdruckes „Repräsentativ-Stände,“ weil es vom Herrn Verfasser der viel berufenen Broschüre lächerlich ist, eine so scharfe Grenzlinie zwischen ständischen und repräsentativen Verfassungsformen zu ziehen, die ja nicht nur einer Verschmelzung fähig sind, wie die Thatsache unserer deutschen Verfassungen zeigt; sondern sogar in Bezug auf die deutschen Verhältnisse aus ihrer innersten Natur heraus nach einer solchen Vereinigung dringen. Herr Buchner, auf dessen Broschüre wir beiläufig zurückkommen, hatte dem Fürsten aus der hessischen Landesgeschichte die Beweise geliefert, daß die Stände

einzelner deutscher Völkerschaften schon vor mehreren Jahrhunderten jene Berechtigungen inne hatten, welche man jetzt, wie zum Beispiel die Theilnahme an der Gesetzgebungsgewalt u. als charakteristische Merkmale der Repräsentativ-Verfassungen zu schätzen bewogen ist. Hiernach wäre also auch aus der Praxis unserer Vorfahren der Beweis geführt, daß der Herr Fürst in großen Irrthum verfallen, wenn er den Satz glaubte aufstellen zu dürfen, die Verschmelzung jener Vorzüge der Repräsentativ-Verfassungen mit dem ständischen Verfassungstypus gehöre ins Reich der Unmöglichkeit. Freilich gab der durchlauchtige Verfasser zu, daß andere ausgezeichnete Vorzüge, die man mitunter noch als charakteristische Eigenthümlichkeit des Repräsentativ-Systems anzusehen gewohnt ist, z. B. Unabhängigkeit der Rechtspflege, Freiheit des Glaubens, gleicher Schutz sämtlicher Confessionen u., eben so in jeder „zweckmäßig eingerichteten ständischen Verfassung“ ihre Stelle finden könnten. Seht die großartige Humanität des Herrn Fürsten! Dasjenige, was sich als natürliche Berechtigung eines jeden gebildeten Volkes herausstellt, war' er demnach nöthigenfalls nicht

abgeneigt, und feierlich als besondere Freiheiten zu verbriefen, nur vorausgesetzt, daß wir mit ihm darin übereinstimmen, daß das charakteristische Merkmal der Repräsentativ-Verfassungen, nämlich förmliche Theilnahme des Volks an der Gesetzgebungsgewalt, mit der ständischen Verfassungsform überhaupt und insbesondere mit derjenigen, welche für uns Deutsche allein passend, unverträglich sei. Und diese Behauptung stellt der Herr Kurfürst nicht etwa mit der malitiosen Miene des Bewußtseins seiner Standesbevorrechtung, sondern mit der glatten, ehrlichsten Miene seiner innigsten patriotischen Ueberzeugung auf, als ob er in der That innig davon durchdrungen wäre, daß nur innerhalb der durch eine solche Verfassungsform beschränkten Freiheit das deutsche Leben sich sicher und glücklich entwickeln könne. Der Herr Kurfürst hat sich durch diese simulirte Ueberzeugung in eine Alternative gesetzt, gegenüber deren sich die Welt genöthigt sieht, ihn entweder der Bornirtheit oder einer bösen perfiden Absicht zu beschuldigen. Gesteh' ich's frei, daß ich gerne der ersten Version meine Zustimmung verleihe, wenn es dadurch möglich würde, die zweite zu paralyßiren. Aber so gerne

ich den Herrn Fürsten blödsinnig wüßte, um seine Schrift verzeihlich zu finden, so zeugt doch der lesbare Styl derselben von so viel Bildung, als unumgänglich nöthig ist, die Zurechnungsfähigkeit zu statuiren; wornach es also die fatale Tendenz und Gesinnung ist, auf welche wir hauptsächlich unsere Kritik zu richten haben. Unter dem Mantel des ernstesten Durchdrungenseins von der Wahrheit dessen, was er in seiner Broschüre behauptet, möchte der Herr Fürst uns gerne wieder um einige Jahrhunderte rückwärts führen, wo der Adel noch etwas galt, und sein Ideal ständischer Einrichtungen noch in vollster Blüthe der Wirklichkeit stand; wo noch kein Volk als Totalität, sondern nur Kassen nach ihren künstlichen und willkürlichen Abgrenzungen repräsentirt wurden, und wo uns geflattet war, einem Gesetze, das unsere Steuern um das Doppelte erhöhte, unsere Zustimmung zu geben, doch es keineswegs verneinend zu votiren. Ist denn der Herr Fürst in Wahrheit, wie es nach seinen Behauptungen scheinen möchte, mit dem Entwicklungs gange der Menschheit so wenig vertraut, um es möglich zu finden, daß ein Volk auf der Bil-

dungshöhe, wie das deutsche, sich unter den
 beengenden Fesseln seiner frühern Einrichtungen in
 der That fortschreitend entwickeln könnte, und daß
 in den verfassungsmäßigen Einrichtungen, wie er
 sie zurückführen will, wieder Adel, Geistlichkeit
 und Bürgerstand wie früher besonders dargestellt
 würden? Und hat er so wenig Sinn für eine
 immer innigere Verschmelzung der deutschen In-
 teressen und Lebensstrebungen, daß er, weit ent-
 fernt, schon in unsern gegenwärtigen Zuständen,
 wie es doch jeder Vernünftige nothgedrungen thun
 muß, einen Hemmungsgrund jener Verschmelzung
 zu finden, vielmehr solche Einrichtungen restituiren
 möchte, die uns stets noch weiter und weiter
 aus einander sprengten, und uns dermaßen zer-
 klüfteten, daß an einen gemeinsamen nationalen
 Heerd gar nicht mehr zu denken wäre? Fürwahr,
 der Herr Fürst, der der Bildungsperiode der
 neuern Zeit angehört, wird bei dieser Frage errö-
 then müssen, wenn sein Ohr nicht schon abge-
 stumpft ist für die Vorwürfe, welche deutsche
 Bildung, deutsche Redlichkeit und Werdenklust
 angesichts seiner Broschüre gegen ihn zu erheben
 haben. Denn alsdann muß er sich gestehen, daß

er an deutscher Bildung und deutscher Wiederkeit sich in gleichem Grade versündigt habe. Oder sind wir wirklich das rohe, barbarische Volk, wie die Franzosen des *ancien régime* sich uns vorgestellt, aller Sitte baar und aller Freiheit unfähig; so nach keineswegs jenes gebildete, gedankenstarke Volk, aus dessen Ideenquell jezt die fremden Nationen neue Phasen ihrer Bildung schöpfen? Und haben wir uns in den lezten Stadien unsrer politischen Geschichte so kraftlos und unwürdig gezeigt, daß ein Unsinniger es wagen dürfte, uns einer *Expèce* von Sklaventoeth werth zu achten? Der Herr Fürst gedachte mit seiner Broschüre, die an der Spitze einer sich neu verjüngenden Phalanx reactionärer Strebungen steht, zu Gunsten der Letztern den ersten verhüllten Anstoß zu geben. Aber wahrlich, anstatt dessen hat er die Freunde des deutschen Vaterlandes, die etwa da schlummerten in dumpfer Friedensruhe, aus dem Schlafe aufgerüttelt und in der Consequenz seiner Worte uns das Strebziel aufgedeckt, nach welchem die privilegierten Feinde der Volksfreiheit mit hastigem Drängen jagen. In jenem Sinne ist darum sogar die Schrift des Fürsten dankenswerth. Und

fürwahr, ich kann es ihm verkündigen, der Adler
unserß Volkes sieht aus den deutschen Lebenshö-
hen verachtend auf jenes Strebziel nieder!

II.

Um auch durch die Folgen, welche die Er-
theilung von Repräsentativ-Verfassungen nach sich
geführt, das Unzweckmäßige und Heilwidrige ders-
selben für die deutschen Völker darzuthun, so ver-
weist der durchlauchtige Verfasser auf die Irrun-
gen, die seit zwanzig Jahren zwischen Regierung
und Ständen vergesallen. Hier kommt er sodann
auf diejenige Behauptung, deren wir schon ein-
mal Erwähnung gethan, daß nämlich die Regens-
ten und Minister sehr überrascht gewesen, als die
Repräsentanten sich geneigt gezeigt, jene Folge-
rungen zu ziehen, welche nothwendig aus dem
Repräsentativ-System herfließen, als die Rede
davon war, die Verwilligung der Abgaben zu
verschieben oder gar abzulehnen, wenn nicht die
Wünsche und Forderungen des einen der beiden
Inhaber der gesetzgebenden Gewalt befriedigt wür-
den; als man nach dem Vorbilde von England
und Frankreich nicht undeutlich die Absicht zu

erkennen gab, die Minister würden sich zurückziehen, falls die Ansichten dieses Inhabers der gesetzgebenden Gewalt mit den ihrigen nicht übereinstimmten. Diejenigen hingegen, welche die Erwartung gehegt, daß das Repräsentativ-System nach seiner Uebertragung nach Deutschland, von denselben Folgen begleitet sein würde, die sich in England und Frankreich gezeigt, hätten sich nicht minder in ihren Erwartungen getäuscht finden müssen. Vor Allem sei es für die Repräsentanten befremdend gewesen, daß die Regenten und ihre Räte in die volle Consequenz desjenigen, was gesetzlich bestimmt war, ihnen nicht nachfolgen wollten. Die Regenten und ihre Räte hätten weder die Verhandlungen über den Artikel 13 der Bundesacte, noch diesen selbst vergessen, welcher landständische Verfassungen versprach. „Sie hätten ständische Verfassungen gewollt — so sagt der Fürst wörtlich — und Repräsentativ-Verfassungen ertheilt; sie glaubten sich in der Mitte ihrer Stände und hatten einen gleichberechtigten Inhaber der gesetzgebenden Gewalt vor sich, an welchem billiger Weise nichts Anderes getadelt werden durfte, als die Fähigkeit, aus gesetzlichen

Bestimmungen die nothwendigen Folgerungen herzuleiten. Was konnte unter solchen Umständen Anderes erwartet werden, als die beklagenswerthesten Zerwürfnisse?"

Wir haben dem Herrn Fürsten auf diesen Theil seiner Beweisführungen, der, um es zu wiederholen, des Verfassers Geist und Charakter in ein wenig schmeichelhaftes Licht versetzt, schon oben geantwortet, und wir gedenken hier nur noch auf eine der übrigen Folgerungen einzugehen, die der Herr Fürst aus der Wirksamkeit unserer Repräsentativ-Verfassungen gezogen. Er wirft sich nämlich im weiteren Verlaufe seiner Untersuchung dieses Systems die Frage auf, welchen Eindruck dasselbe auf die übrigen Classen des Volks gemacht. Die hier einschlagende Stelle seiner Schrift lautet wörtlich also: „Was zuerst die Masse des Volkes betrifft, so war zu erwarten, daß sie sich gleichgültig gegen ein Verfassungssystem zeigen würde, welches sie nicht kannte. Wo das Andenken der frühern ständischen Verfassungen sich erhalten hatte, konnte das Volk nur derjenigen Verfassung sich erinnern, welche es gekannt hatte, und die Beseitigung der anerkannten Mängel ber-

selben wünschen, und es ist außer Zweifel, daß kurze und thätige Landtage, auf welchen mit Unabhängigkeit das Beste des Volkes in Verwilligung und Erhebung der Abgaben gewahrt, und die Gesetze mitberathen worden wären, der Masse des Volkes überall vollständig genügt hätten. Auf das System der Theilung der Gewalten, und auf den aus den Grundsätzen des Repräsentativ-Systems hervellenden Antheil der Repräsentanten an der Staatsgewalt konnte ein Volk keinen Werth legen, welches dieses System nicht kannte, und in seinen Häusern und deren Nähen eine völlig genügende Zahl von Gesetzgebern fand. Die Masse des Volkes zeigte daher nirgends Neigung, während jener Zerwürfnisse zwischen den Regierungen und den Repräsentanten, zu Gunsten der letzteren, Partei zu ergreifen; denn der Fall, in welchem ein Volk Partei ergreift, um sich von einer Tyrannei zu befreien, war nicht vorhanden, und die Aufregung von Außen, so bedeutlich sie mitunter auftreten mochte, wirkte doch nur auf diejenigen, die von den Erwartungen, welche der Gesetzgeber erweckt hatte, und die er nun weder befriedigen konnte noch wollte, sich besonders

betroffen fühlten. — Geht man zu der nicht minder wichtigen Untersuchung über, in welcher Weise die gebildeten Classen des Volkes durch die Repräsentativ-Verfassungen sich angeregt fanden, so tritt uns zuerst die bemerkenswerthe Thatsache entgegen, daß die ausgezeichnetsten Staats-, Rechts- und Geschichtslehrer, die bewährtesten Rechtslehrer und Geschäftsmänner mit Ausnahme solcher, welche Mitglieder von Repräsentantenkammern waren, schwiegen. Auch während der Zeit, in welcher die unbeschränkteste Meinungsäußerung in keiner Weise gehindert war, gaben sie ihre Meinung nicht zu erkennen, und so lebhaft auch der geistige Verkehr in Tagesblättern, Zeitschriften und größern Werken angeregt war, so ließen sich doch in Tagesblättern, Zeitschriften und größern Werken nur die Urtheile von Mitgliedern der Kammern und Journalisten vernehmen, was in Betracht der Anzahl der Repräsentantenkammern in den verschiedenen Staaten nicht überraschen kann. Der Versuch einer Erklärung dieses Schweigens kompetenter und unparteiischer Beurtheiler würde anmaßend sein. Nur das läßt sich ohne Beforgniß eines Irrthums annehmen, daß der Grund dieses

Schweigenß nur in den seltensten Fällen in Theilnahmelosigkeit, am häufigsten aber wohl in der Ueberzeugung gelegen habe, daß über politische Theorien, welche unter den gegebenen Verhältnissen erst versucht werden sollten, nichts zu sagen sei.“

Kast wären wir versucht, die erstere „die Masse des Volks“ betreffende Behauptung des Fürsten für anmaßend oder für eine absichtliche Entstellung zu erklären, wenn uns dieselbe nicht den unwidersprechlichen Beweis lieferte, daß unsere gute Meinung von der publicistischen Bildung des Fürsten viel zu voreilig gewesen ist. Denn zur publicistischen Bildung gehört nicht nur, daß man das öffentliche Recht, sondern auch daß man die öffentliche Meinung kenne. Der Herr Fürst, indem er jene Behauptung aussprach, war entweder wirklich nicht im Besitze jener Kenntniß, und dann ist er unwissend, oder er verleugnete sie absichtlich, und dann ist er perfid. Es genüge dem Herrn Fürsten die Versicherung eines Bürgerlichen, der unter den schweren Verfassungskämpfen eines süddeutschen Staates aufgewachsen ist und sich von jeher mit Leib und Seele an die Pulsationen der öffentlichen Meinung schmiegte, daß, weit entfernt, gegen das

neue Verfassungssystem gleichgültig zu sein, das Volk vielmehr allenthalben höchlich überrascht war ob der geringen Resultate, die aus demselben in der ersten Zeit gewonnen werden konnten, weil die Promulgation der verschiedenen Constitutionen, deren Wesenheit vom Volke wohl erfasst ward, dessen billige Hoffnungen aufs Höchste gesteigert hatte. Daß das Volk aus solchem Grunde entschiedene Partei zu Gunsten seiner freisinnigen und ihrem Eide getreuen Repräsentanten ergriff, ist so allbekannt, daß die vornehme Ignoranz eines mediatisirten Fürsten dazu gehört, diese Thatsachen in Zweifel, oder, wie hier, in offene Abrede zu stellen. Die Würtemberger wußten allogleich, was sie an ihrem Umland, Schott und Weißhaar, und die Badener, was sie an ihrem Liebenstein und Kottel hatten; ein Gleiches läßt sich von dem Volksbewußtsein gegenüber seinen freisinnigen Repräsentanten in Kurhessen und Baiern sagen, und wenn die Bewohner des Großherzogthums Hessen-Darmstadt dem Herrn Fürsten Grund zu seiner Behauptung gegeben, so fällt damit kein Vorwurf auf das Repräsentativsystem, sondern nur ein mit Verachtung gemischtes Mitleiden auf eine

deutsche Völkerschaft, die der neugewonnenen geschmäßigen Rechte sich so unwürdig erwieß. Was aber sodann die „gebildeten Classen“ des Herrn Fürsten betrifft, so wie seine „ausgezeichnetsten Staats-, Rechts- und Geschichtslehrer“, so sind diese, so ferne der durchlauchtige Verfasser die mediatisirten Fürsten und Gelehrte von der Gesinnung Zacharia's, Pfeilschifter's, oder eines Philippi, darunter versteht, gar nicht in Anschlag zu bringen. Wenn er hingegen die Elite des Bürgerthums und der Staatsdienerklasse darin erkennt, so glaub' ich E. Durchlaucht aufs Neue eines sehr großen Irrthums beschuldigen zu müssen. Das deutsche Volk ist zu vertraut mit den angebornen Gesinnungen der „Mediatisirten“ und ihrem ängstlich genährten Kastengeist, um von ihnen etwas zu erwarten, was irgend einem Axiome politischer Humanität entspräche. Die Zachariaer aber und deren Confessionsvertrauten brandmarkt es mit indignirter Verachtung. Das deutsche Volk hat niemals von den „gebildeten Classen“ im Sinne des Herrn Fürsten von Solms-Lich etwas erwartet, und wehe ihm, wenn es vereinst noch einmal ge-

nöthigt wäre, an dieselben mit seinen edelsten Hoffnungen zu appelliren.

Schließlich führt uns der Herr Fürst das Bild Preußens vor, um uns den Beweis zu liefern, wie dieses vielgerühmte Königreich allein dem Ausdrücke der officiellen Gesinnungen des wiener Congresses entsprochen. „Preußen hatte,“ behauptet der Fürst, „in der Feststellung der ständischen Rechte durch den Bundesvertrag ein Mittel zur Herstellung eines über ganz Deutschland verbreiteten gleichmäßigen Rechtszustandes erkannt, und von einer Regierung, welche gewohnt war, die Verhältnisse Deutschlands aus dem höchsten und umfassendsten Standpuncte zu übersehen, stand zu erwarten, daß sie nur in einer zeitgemäßen Erneuerung der frühern ständischen Verfassungen den richtigen Weg zu dem vorgesteckten Ziele finden konnte. Die ständische Verfassungsform, deren zeitgemäße Umgestaltung, im Gegensatz zu dem Repräsentativ-System, von Preußen zuerst durch die Congressverhandlungen des Jahres 1815, und alsdann durch die Gesetze wegen Errichtung der Provinzialstände begründet, und in neuester Zeit in einem Theile von Deutschland ins Leben getreten ist, sichert den Ständen

wichtige und höchst werthvolle Rechte, ohne, im Widerspruch mit den Bestimmungen des deutschen Bundes, die Staatsgewalt zu theilen; sie will nicht den Abgeordneten die Ausübung eines Theiles der Staatsgewalt übertragen, und die schwierige und die Kräfte des Menschen leicht übersteigende Forderung an sie richten, auf die natürlichen Folgerungen aus ihrer Stellung freiwillig zu verzichten, wenn sie nicht Wirkungen herbeiführen wollen, die in dem Leben, in der Verfassung und allen Verhältnissen des Volkes keine Grundlage finden und darum schädlich sind. Sie wird auch nicht zur Wahl der Abgeordneten das Dasein und den Kampf der Parteien voraussetzen, und darum wird sie freilich denen nicht gefallen, die versichern, daß ohne den Kampf der Parteien das Leben eines Volkes in politische Stagnation übergehe. Ihnen kann geantwortet werden: wo sind in Deutschland die Parteien, von denen die Rede sein soll?“ —

Welch' eine wahrhaft aristokratisch : unwissende Frage! Das ganze sich selbstbewusste Volk, von der Wesenheit seiner Repräsentativ-Verfassungen innig durchdrungen, ergreift Partei für die letzteren ;

nur, welche mit einer längstvergangenen Zeit auch wieder ihre alten Privilegien restituiren möchten, sind auf der Seite der ständisch Gesinnten. Zu den Lehern zählen wir unbedingt den Herrn Fürsten von Solms-Lich und seine politischen Meinungsgegnossen. Der Herr Fürst drückt die Hoffnung aus, daß Preußen den seit drei und zwanzig Jahren verfolgten Weg nicht verlassen und darum dem Repräsentativ-System sich niemals anschließen werde; vielmehr werde Preußen, „wenn nach dem Ermessen eines verehrten Königs der Zeitpunkt eingetreten sein wird, wo die zur Anordnung allgemeiner Ständeversammlungen getroffenen Vorbereitungen ihrer Bestimmung werden entsprechen haben,“ nicht eine Repräsentativ-Versaffung, sondern eine ständische Verfassung erhalten.

Der allgemeinen Ständeversammlung werde alsdann, wie sich bei consequenter Verfolgung des bisher betretenen Wegs mit Bestimmtheit voraussehen lasse, derjenige Umfang von Rechten verliehen werden, welcher, wie Preußen schon in den Verhandlungen des Jahres 1815 ausgesprochen habe, durch das ständische System bedingt sei: mit andern Worten, den schon jetzt den Provin

zialständen übertragenen Rechten der Mitberathung der Gesetze, der gemeinschaftlichen Bitten und Beschwerden zc. nur noch das Recht der Steuerbewilligung hinzugefügt werden. Der Herr Fürst möge versichert sein, daß es den Süddeutschen ziemlich gleichgültig ist, welche Bahn Preußen künftig befolgen wird; ob es seinen durchlauchtigen Weissagungen genügen, oder am Ende doch noch dem Repräsentativ-Systeme sich anschließen werde. Die Lebensstrebungen der südwestlichen Völker Deutschlands werden sich nicht sobald einer Anerkennung von Seiten der preussischen Politik zu erfreuen haben und deshalb stets dazu genöthigt sein, auf ihre eigene Gesinnung und ihre eigene Kraft zu vertrauen. Die süddeutsche Abneigung gegen das undeutsche, politische Preussenthum geht so weit, daß wir sogar seine Bildung desavouiren und auf die Gefahr hin, desshalb vom hochmüthigen Berlinismus der Beschränktheit beschuldigt zu werden, vor Nichts solch' einen politisch-ästhetischen Abscheu haben, als was aus Preußen kömmt. Ich will hier inzwischn dem Herrn Fürsten nur etwelches ins Gedächtniß zurückführen, was einigermaßen beweisen dürfte, daß

Preußen, wenn es seinen früheren Intentionen entsprechen wollte, dem Repräsentativ-System sich doch etwas günstiger erweisen müßte, als es bisher gethan hat, und künftig zu thun scheint. In einem königlich preussischen Edicte vom 27. October 1810 (verfindlich in der preussischen Gesetzsammlung vom Jahre 1810, Seite 31) erklärte Seine Majestät der König von Preußen die Absicht: „der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation sowohl in den Provinzen, als für das Ganze zu geben.“*) Noch während des Congresses in Wien, und vor dem Abschlusse der deutschen Bundesacte, sprach der erwähnte König Majestät am 22. Mai 1815 daselbst die unvergeßlichen Worte aus: „daß eine Repräsentation des Volks, gegründet auf eine schrift-

*) Was hier unter oder in den Worten Nation und Ganzen begriffen sei, wird vom Gesetzgeber allein authentisch interpretirt werden. In einer Anzeile von Preußen zum Protokoll der deutschen Bundesversammlung vom 4. Mai 1818 ad §. 105 erklärt dasselbe, daß es mit Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Westphalen, Rheve, Berg und Niederrhein als zum deutschen Bunde gehörend, demselben beigetreten sei. Zu Pommern wird auch die Insel Rügen, zu Brandenburg die Niederlausitz, zu Schlesien auch Glatz und die Oberlausitz gerechnet.

liche Urkunde, als Verfassung des preussischen Reichs nach vorhergegangener Wiederherstellung und zweckmäßiger Gestaltung der Provinzialstände gebildet werden sollte.“ Hierauf sollte am 1. September 1815 zu Berlin eine Commission niedergesetzt werden, die sich mit der Organisation der Landesrepräsentanten, mit den Provinzialständen, und mit der Ausarbeitung der Verfassungsurkunde beschäftigen sollte. Ferner gab Preußen durch seinen Gesandten in Frankfurt a. M. Lei der Bundesversammlung am 5. Februar 1818 die Versicherung zu Protokoll: „daß künftighin die Aufnahme eines neuen Darlehns nur mit Zusicherung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung geschehen sollte,“ worüber man sich unter Andern auch aus den einschlagenden Anmerkungen im prophetischen Almanach von 1833 überzeugen möge.

Ich komme schließlich noch einmal auf die Pointe dessen zurück, was der Fürst mit seiner suffisanten Broschüre gewollt hat. Nach einer genauen Untersuchung stellen sich nämlich folgende zwei Endzwecke seiner vorliegenden literarischen Bestrebung heraus: 1) wollte er darthun, daß die

Repräsentativ: Verfassungen verschiedener deutscher Staaten ebensowenig in der Absicht der Regenten, welche sie ertheilt, gelegen hätten, als sie den Entwicklungen des politischen Rechtszustandes der Völker, denen sie gegeben sind, wahrhaftig erspriesslich seien; und daß zum zweiten, nach stricter Feststellung dieser Thatsache, ein Mittel ausfindig gemacht werden müßte, wodurch der Artikel 57 der wiener Schlusssacte vom 15. Mai 1820, welcher die Bestimmung enthält, daß in allen Verfassungen, mit Ausnahme deren der freien Städte, die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben sollte: daß dieser Artikel so schnell wie möglich zur nachträglichen Execution gelange! Das Jahr 1834 lieferte uns in einer Schrift: über Constitutionen und Garantien mit besonderer Beziehung auf einen großen norddeutschen Staat — von Berlin aus ein jämmerliches Nachwerk, worin wider das Dasein von Constitutionen gesprochen und darin behauptet wurde: „in Preußen befinde man sich besser ohne Constitution.“ Damals schrieb man über die Siege der reactionairen Macht, und das berliner politische Wochenblatt erhob ein hohes

Tubelgeschrei. Doch war es nur die Feder eines gesinnungslosen Bürgerlichen, die sich zu jenem Nachwerk hergegeben. Hingegen muß unter die Geschichtsrubrik des Jahres 1838 das weit vorbedeutungsvollere Ereigniß rangirt werden, daß ein deutscher Fürst es vor den Augen einer Welt, die sich in den Bildungsstadien der Gegenwart gerirt, unternimmt, das deutsche Volk als unfähig der ihm gewordenen Freiheiten zu denunciiren! Ich rede hierüber in diesem Augenblicke kein Wort weiter. Die Zeit wird es lehren, ob diese Anklage ungestraft erhoben werden durfte. Aber Ihr, auf die sie Anwendung findet, erhebt Euch aus dem gichtbrüchigen Schlummer Eurer Gesinnungslosigkeit, und werdet Deutsche, die der Freiheit fähig sind! —

S c h l u ß w o r t.

Unsere „Süddeutschen Rufe“ waren bereits dem Papiere anvertraut, als öffentliche Blätter das Schreiben eines Mitglieds der nun zu Grunde gegangenen württembergischen Exposition an die Wähler des bisher von ihm vertretenen Bezirkes mittheilten, worin derselbe sein und seiner politischen Freunde Benehmen zu rechtfertigen unternahm. Es gereicht uns zu großer Genugthuung, aus diesem Schreiben erkennen zu müssen, daß darin keinerlei Beweggründe erörtert oder angedeutet wurden, deren Wichtigkeit oder Ungenügendheit wir in unseren „Rufen“ nicht schon dargethan.

Indem wir dieses aussprechen, liegen die Resultate der neuen Wahlen für den in wenig Wochen zu eröffnenden württembergischen Landtag vor uns und zwar als sprechendste Unterlage der Anklagen, die wir gegen den unehrenwerthen Rückzug der bisherigen Exposition erhoben haben. Mit dem

Namen der letztern ist auch deren Wesenheit für die nächste Zeit aus der constitutionellen Geschichte Württemberg's ausgelöscht und das spießbürgerliche Vaterland der Deutschen wird nun die Freude erleben, daß die aus Württemberg uns zukommenden Landtagsverhandlungen das Gepräge „des erhebendsten Einverständnisses zwischen der Regierung und den Ständen“ an sich tragen. Das wird kein Heulen und Zähneklappern sein, wohl aber ein Kopfnicken ohne Ende, daß es manchem Zuschauer bedünken möchte, er sei in einem Sprechsaale der Gentlemen von Bedlam.

Die Tollheit, hauptsächlich die politische, ist ansteckend, und so vernehmen wir denn auch, daß nachgerade in dem freiheitsstolzen Baden etwelche Ehrenmänner in dergleichen trostlosen Kopfhängerei sich aufzugeben drohen, von welcher ihre politischen Glaubensbrüder in Württemberg ergriffen worden. Zur Ehre der badischen Opposition wollen wir jenes Gerücht der verleumderischen Lüge zeihen. Sonst wahrlich wär' keine Hülle groß genug, darin ihre Schmach und Schande zu verdecken. Die Berufung der Herren v. Rotteck und Welcker an die Stelle zweier der Sieben von Göttingen

gen möchte als Entschädigung in Aussicht kommen. Doch keine Schmähung, ehe uns Thatfachen dazu berechtigen. Die badische Typosition hat keine so leichtfüßigen Begriffe von politischer Haltung und Ehrenhaftigkeit, daß jemals vermuthet werden dürfte, der übermäßige Aufschwung, den sie einst genommen, werde solch' tiefen Sturz zur Folge haben. Ehmals überflügelte sie sich zwar; aber sie schlug sich damit die Schwingen nicht entzwei, sondern sie stärkte sie zu einem, wenn auch niedrerem, so doch um so sichreren Ziele. Das wenigstens wollen wir hoffen und seinetwillen beten zum großen Geiste, der über den Völkern wacht.

Wir haben der hannoverschen Verhältnisse in unsrer kleinen Schrift mit Absicht keine Erwähnung gethan. Wo die deutschen Lebensideen solchen Ausgang nehmen, wie in Hannover, da ist es besser, sie zu verachten, als mit lärmender Verwünschung sie heimzusuchen. Was die Hannoveraner verdienen, ist ihnen geworden. Sie haben, nach der hildesheimischen Stadtraths-Proclamation, den „allein wahren Bürgerkönig.“ Sie genießen demnach eines Glückes, dessen nicht alle Völker Europa's sich rühmen können. Was

uns betrifft, so wollen wir wünschen, daß wir niemals in die Lage kommen, unsre hannover'schen Brüder wegen ihrer „Bürger-Regierung“ beneiden zu müssen.

Wenn die gegenwärtige Schrift ein Geringes dazu beiträgt, die öffentlichen Ueberzeugungen in Deutschland zu läutern und den Ideen unsers politischen Rechtszustandes einen weitem Gesichtskreis zu eröffnen: so ist unser nächstliegender Zweck erfüllt. Gebe Gott seinen Segen dazu!—

Geisewitz in Dresden im Beginn Januars 1839.

Bacherer.

Gedruckt bei G. Pöls in Leipzig.
